

Moral und Ökonomie um Amerikas Gesundheitsreform

Die Besorgnis über die Kosten lässt den Rückhalt für Obamas Projekt abbröckeln

Die geplante Gesundheitsreform rührt an zentrale Fragen amerikanischer Politik. Die Gegner warnen vor hohen Kosten und argumentieren, dass es kein Recht auf Gesundheitspflege gebe. Ein Konsens über Parteilinien hinweg ist nicht in Sicht.

Beat Ammann, Washington

Amerikas Gesundheitssystem zeichnet sich dadurch aus, dass es vielen Mitbürgerinnen und Mitbürger beste Pflege sichert, Millionen von anderen jedoch nicht einschliesst – zumindest nicht systematisch. Dies ist für manche ein moralisches Problem, für viele andere jedoch primär ein ökonomisches. Das Gesundheitswesen verschlingt trotz den vielen Lücken etwa 16 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung des ganzen Landes, bei steigender Tendenz. Das sind rund 5 Prozentpunkte mehr als in vergleichbaren anderen Ländern.

Mehr Leistungen billiger?

Die Kosten wachsen ohne Gegenmassnahmen weiter, und es nimmt die Anzahl jener Amerikanerinnen und Amerikaner zu, die sich keine Krankenkasse leisten können. Trotz solch ungunstiger Aussicht ist es unwahrscheinlich, dass die politische Klasse Amerikas willens ist, eine Lösung zu finden, die in beiden Parteien Rückhalt geniesst. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Republikaner dem demokratischen Präsidenten nicht zum Triumph verhelfen wollen, eine Reform historischer Tragweite zu verwirklichen. Die Einrichtung eines in den Augen der Wählerschaft besseren Gesundheitssystems könnte Amerikas Linke auf lange Zeit hinaus beflügeln. Dazu wollen die Republikaner nicht Hand bieten.

Viele Bürger befürchten jedoch mit gutem Grund, der verheissene Doppelschlag werde nicht gelingen, nämlich die Kosten für den Steuerzahler zu senken und die Leistungen auf viele Millionen bisher nicht Versicherter auszuweiten. Die Republikaner zitieren Umfragen, wonach die Mehrheit der Befragten gegen die Gesundheitsreform ist. Der Anführer der republikanischen Minderheit im Senat, Mitch McConnell, behauptet, die Umkrempelung des Gesundheitswesens hätte höhere Prämien und Steuern für alle bei geringeren Leistungen – vor allem für Pensionierte – zur Folge. Offensichtlich teilen sehr viele diese Besorgnis.

Glaubt man hingegen den Befürwortern, würden nur Grossverdiener stär-



Eine mobile «Klinik» in Florida, die Kindern ohne Krankenversicherung unentgeltliche Behandlungen anbietet. JOE RAEDLE / GETTY IMAGES

ker besteuert. Allerdings ist es laut Senator McConnell grundsätzlich schlecht, inmitten einer Wirtschaftskrise höhere Steuern in Aussicht zu stellen, zumal die Regierung für andere Vorhaben Hunderte von Milliarden Dollar zusätzlich ausgibt. Viele Unternehmer befürchten zudem höhere Lohnnebenkosten, weil sie mit der Reform verpflichtet würden, ihren Angestellten eine Krankenversicherung anzubieten. Die Wählerschaft wird laut den Republikanern über die finanziellen Konsequenzen im Unklaren gelassen, da Steuern sofort, zusätzliche Leistungen jedoch erst 2014 eingeführt würden.

Konkurs trotz Krankenkasse

Laut verbreiteter Einschätzung geniessen die Veteranen der Streitkräfte das beste Angebot an Krankenpflege – je nach ideologischem Standpunkt obwohl oder weil sie Zugang zu einem völlig staatlichen System der Gesundheitsversorgung haben. Die Pensionierten des Landes sind meist ebenfalls zufrieden mit ihrer Versorgung, die über das Programm Medicare läuft. Auch dieses ist staatlich, aber im Unterschied zu jenem der Veteranen sind die Kosten nicht im Griff. Die Reformprojekte verschreiben Medicare hohe Einsparungen. Dass die

Leistungen trotzdem intakt bleiben sollen, glauben die Reformgegner den Demokraten nicht.

Eine weitere staatliche Dienstleistung ist Medicaid, der Gesundheitsdienst für die einkommensschwachen Schichten. Der Kreis der Personen, die Anrecht auf Medicaid haben, würde durch die Reform erheblich ausgeweitet. Dies trüge dazu bei, Millionen bisher nicht Versicherter abzudecken. Die meisten Amerikanerinnen und Amerikaner sind jedoch im Privatsektor versichert, normalerweise über den Arbeitgeber. Dies wird steuerlich begünstigt. Wer eine individuelle Versicherung erwirbt, bezahlt mehr. Dieses System kann nicht funktionieren, wenn die Wirtschaft in der Krise steckt und die Arbeitslosigkeit steigt. Mit der Anstellung geht auch die Versicherung verloren. Daher hält Präsident Obama immer wieder fest, dass derzeit jeden Tag 14 000 Personen aus ihrer Krankenkasse fielen.

Dieses System hat auch andere Nebenfolgen. So fühlen sich viele an eine Stelle gefesselt, weil sie im Falle eines Wechsels bei einer anderen Versicherung zu schlechteren Bedingungen neu eintreten müssten. Laut Angaben der Demokraten sind Schulden wegen ungedeckter Gesundheitskosten die häufigste Ursache von Privatkonkursen.

Erstaunlich daran ist, dass von jenen, die bankrott gingen, zwei Drittel bei einer Krankenkasse versichert gewesen sein sollen. Auch wer unversichert ist, wird nicht einfach seinem Schicksal überlassen. Solche Patienten können immer noch die Notfallstationen der Spitäler aufsuchen. Dort sind die Betriebskosten allerdings hoch, und für mittellose Patienten müssen die Steuerzahler aufkommen.

Erstmals Versicherungspflicht

Die Krankenkassen mögen den Status quo. Dies liess sich daran ablesen, wie ihre Börsenkurse die Diskussion spiegelten. Wann immer es schien, als werde eine staatliche Krankenkasse gegründet, litten die Aktien der privaten Anbieter. Entstand der gegenteilige Eindruck, stiegen die Kurse. Laut den Befürwortern ist eine staatliche Kasse notwendig, um Missbräuche zu beseitigen und die Prämien zu drücken. Dies wirkt wenig überzeugend, da der Staat in anderen schlecht funktionierenden Wirtschaftssektoren nicht interveniert, indem er als Konkurrent auftritt, sondern indem er die Aufsicht verschärft oder die Regeln ändert. Daher geben sich viele Opponenten davon überzeugt, dass die Bildung einer staatlichen

Krankenkasse ein schlecht getarnter Schritt in Richtung Sozialismus sei.

Die Reform brächte eine Versicherungspflicht, ein radikales Novum, das Obama während des Wahlkampfes noch abgelehnt hatte. Weniger Begüterte sollen subventionierte Policen erhalten. Manche Kritiker behaupten, die Versicherungspflicht sei verfassungswidrig, da sie die Freiheit des Individuums einschränke. Die Neuerung würde dem System mehr gesunde, zahlungsfähige Kunden zuführen und angeblich die Prämien verbilligen. Viele jüngere Leute kaufen erst dann eine Versicherung, wenn sie erkranken.

Diesen Brauch kontern die Kassen unter anderem damit, dass sie oft die Übernahme von Kosten verweigern, die wegen Krankheiten anfallen, die zum Zeitpunkt des Abschlusses der Police angeblich bereits vorhanden waren. Die Versicherungen argumentieren allerdings, sie bezahlten nur dann nicht, wenn der Versicherte bei Vertragsabschluss wichtige Angaben verschwiegen habe oder anderweitig betrüge.

Kein Recht auf Gesundheit

Für viele konservativ Denkende kann es kein Grundrecht auf Gesundheit oder Krankenpflege geben. Die amerikanische Verfassung enthält jedenfalls nicht, wie jüngere in anderen Demokratien, ausführliche Aufzählungen individueller Rechte, etwa auf Arbeit, eine würdige Wohnung oder Schutz der Gesundheit. Hinter dieser Denkweise steht der Abwehrreflex gegen die Ausweitung von Staat und Bürokratie auf die Privatsphäre des Bürgers. Das Argument der Republikaner, die Reform bedeute eine Verstaatlichung des Gesundheitswesens, wirkt für viele überzeugend.

Im gleichen, stark religiös geprägten Segment befürchten viele, die Demokraten wollten das Verbot der Finanzierung von Abtreibungen mit Bundesgeldern unterlaufen. Schwangerschaftsabbrüche sind gemäss einem Urteil des Obersten Gerichts zwar grundsätzlich legal, der Streit um die Abtreibung ist damit jedoch nicht beigelegt. Der Richterspruch hatte etwas zur Privatsache der Frau erklärt, was in den Augen vieler die Gesellschaft als Ganzes betrifft.

Ein weiteres Thema, das die Gesellschaft spaltet, spielt ins Gesundheitswesen hinein: die Einwanderung. Die Rechte befürchtet, illegal Eingewanderte erhielten nach der Reform staatliche Subventionen, etwa dank einer Police der öffentlichen Krankenkasse. Manche Konservative wollen sogar verbieten, dass Schwarzafenthalter mit eigenem Geld eine private Versicherung abschliessen können.

Unwillkommene Publizität für den Secret Service der USA

Trotz Patzer ein guter Leistungsausweis der präsidentialen Leibwächter

Dass zwei Eindringlinge Zugang zu einem Staatsempfang im Weissen Haus erlangten, ist für den Secret Service der USA zwar peinlich. Doch am guten Image der für den Schutz des Präsidenten zuständigen Behörde dürfte der Zwischenfall kaum kratzen.

Ronald D. Gerste, Washington

Drei Mitarbeiter des Secret Service der USA sind letzte Woche vom Dienst suspendiert worden, weil sie ein ungeladenes Paar nicht am Zugang zum Gelände des Weissen Hauses gehindert hatten. Das Ehepaar Salahi erhielt während des Staatsempfangs von Präsident Obama für den indischen Premierminister Singh Einlass, obwohl es nicht auf der Gästeliste stand, und konnte dem Präsidenten sogar die Hand schütteln. Die Salahis entpuppten sich als harmlose Wichtigere; eine Gefahr für den Präsidenten oder seine Gäste stellten sie nicht dar. Aber der Zwischenfall erregte viel Auf-

sehen, weil er eine Sicherheitslücke offenlegte. Der Direktor des Secret Service, Mark Sullivan, gab in einer Anhörung vor dem Kongress zu, dass ein inakzeptabler Fehler passiert sei.

Besserer Ruf als jener der CIA

Für Sullivan mag es ein Trost sein, dass es ein geringfügiger Lapsus war im Vergleich zu den Skandalen, welche andere nationale Sicherheitsdienste in den letzten Jahren zu verantworten hatten. Sowohl die Bundespolizei FBI als auch der Geheimdienst CIA haben bei vielen Amerikanern ein zwiespältiges Image. Der Secret Service jedoch gilt nach wie vor als Mustereinheit in der Welt der amerikanischen Sicherheitsbehörden.

Er wird von den meisten Amerikanern so eindeutig mit dem Schutz des Präsidenten assoziiert, dass seine Wurzeln fast in Vergessenheit geraten sind. Gegründet wurde er zur Bekämpfung von Geldfälschern, und folgerichtig gehörte er bis vor kurzem zum Finanzministerium. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass der Gesetzesentwurf zur

Schaffung einer Spezialeinheit gegen die Geldfälscherei am 14. April 1865 auf den Schreibtisch von Präsident Abraham Lincoln gelangte. Am Abend dieses Tages wurde Lincoln ermordet.

Wenige Monate später wurde der neue Dienst ins Leben gerufen. Doch es fielen noch zwei weitere Präsidenten Mordern zum Opfer, nämlich James Garfield 1881 und William McKinley 1901, bevor der Secret Service mit seiner heutigen Aufgabe betraut wurde. Diese Schutzfunktion wurde kontinuierlich erweitert; heute geniessen auch die Angehörigen des Präsidenten und der Vizepräsidenten mit seiner Familie die Protektion durch diese Behörde. Des Weiteren fallen unter anderem ehemalige Präsidenten und ehemalige First Ladies, deren Kinder bis zum Erreichen des 16. Lebensjahres sowie offizielle Staatsgäste in den Verantwortungsreich des Dienstes.

Der Secret Service hat momentan mehr als 6500 Mitarbeiter. Rund 2300 sind «special agents», deren Kleidung dem Anlass angemessen ist und meist aus einem Geschäftsanzug, einem Kom-

munikationsgerät im Ohr und einer Sonnenbrille besteht. Wenn der Präsident Sport treibt, erfolgt die Bewachung im Trainingsanzug. Weitere rund 1300 Männer und Frauen gehören dem uniformierten Teil des Secret Service an, der in Polizeiautos ähnelnden Dienstfahrzeugen unterwegs ist.

Das wichtigste Trainingszentrum des Dienstes liegt in Beltsville bei Washington. Dort sind Gebäudeattrappen aufgebaut, in denen «Scharfschützen» lauern, und Agenten lernen, mit den gepanzerten Staatslimousinen Ausweich- und Fluchtmanöver durchzuführen. Wichtig ist auch die psychologische Schulung. Die Agenten lernen Physiognomien und Verhaltensweisen einzuschätzen, ein Wissen, das ihnen bei der schwierigsten Herausforderung im Personenschutz zugutekommt – wenn der Präsident Kontakt zur Bevölkerung sucht. Das Abschreiten von Menschengruppen am Strassenrand wie bei der Inaugurationsparade Obamas im Januar stellt höchste Anforderungen an Beobachtungsgabe und schnelle Reaktion. Die einzige wirkliche Niederlage

erlitt der Secret Service 1963 bei John F. Kennedys Besuch in Dallas. Nachdem der erste Schuss auf den Präsidenten trat dessen Fahrer fälschlicherweise auf die Bremse anstatt auf das Gaspedal. Damit gab er dem Schützen Gelegenheit für den tödlichen Kopfschuss. Zudem fuhren die begleitenden Agenten im folgenden Wagen und nicht, wie es wirksamer gewesen wäre, auf den Trittbrettern der Limousine.

Arbeit in der Schusslinie

Es gehört zu den unausrottbarsten Legenden um den Secret Service, dass seine Agenten zu Beginn ihrer Karriere schwören müssten, den Präsidenten notfalls mit dem eigenen Körper zu schützen. Den Schwur gibt es nicht, die Bereitschaft, in der Schusslinie zu verweilen, hingegen schon. Bisher ist es dem Secret Service gelungen, die Exekutive der USA sehr gut zu schützen, ohne diese Person völlig von den Menschen im Lande fernzuhalten. Angesichts einer solchen Leistung zählt der Verdross über zwei ungeladene Partygäste wenig.